



Foto: dpa

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

„Deutschland hat großes Potenzial“

Mit einem deutlichen Bekenntnis zu Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich der gemeinsame Bundespräsidenten-Kandidat von CDU/CSU und FDP, Horst Köhler, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der bisherige Direktor des Internationalen Währungsfonds kündigte nach einer gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU an, den tiefgreifenden Reformprozess im Falle seiner Wahl nachhaltig zu unterstützen. Deutschland ▶

INHALT

CDU/CSU-Präsidiumssitzung: „Weichen stellen für Deutschland“
(Seite 4-5)

Dokumentation
Beschlüsse der Präsidien
von CDU und CSU
(Innenteil)

HEUTE AKTUELL

■ Bundesfachausschuss Medienpolitik nimmt Arbeit auf (Seite 6) ■ Arbeitsplatz Privathaushalt (Seite 7) ■ Landtags- und Europawahlen: Countdown läuft (Seite 8-9) ■ Wankt der Westen? (Seite 10) ■ Roland Koch: „Dänemark und die Niederlande sind Vorbilder“ (Seite 11-12) ■ Medien-desaster für Kanzler Schröder (Seite 13) ■ Peter Götz: Bundesregierung lässt Kommunen im Regen stehen (Seite 14) ■ Dagmar Wöhrle, Erich G. Fritz: Regelungen für europäische Rüstungsindustrie (Seite 14-15) ■ Günter Krings, Katherina Reiche: Realität zwingt Bulmahn zur Einsicht (Seite 15) ■ Eckart von Klaeden: Schleuser-Skandal weitet sich aus (Seite 15-16) ■ Peter Hintze: Guter Freund Deutschland gewählt (Seite 16) ■ Christian Schmidt, Anita Schäfer: Wehrbeauftragterbericht deutliches Signal (Seite 16-17)

► sei noch nicht gewappnet für die Zukunft. „Wir leben zu sehr von der Substanz, aber wir haben die Möglichkeiten, wieder Substanz aufzubauen“, sagte Horst Köhler. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel zeigte sich gewiss, dass der gemeinsame Kandidat von Union und FDP es schaffen werde, den Menschen „Ängste und Sorgen zu nehmen“, dass Wohlstand und Leistung erhalten blieben. Vor allen Dingen, so Köhler, müsste Wissenschaft und Bildung Priorität eingeräumt werden, „weil von dort die Kraftquelle kommt, moderne Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können.“ Deutschland habe das Potenzial, „mit den Herausforderungen fertig zu werden.“ Nachdrücklich wandte sich Köhler dagegen, den Problemen mit „Defätismus“ oder gar Pessimismus zu begegnen. „Aber Deutschland muss noch mehr aufwachen, Reformen durchführen.“ Deutschland müsse sich der Globalisierung stellen, forderte der Kandidat



Der Kandidat im Internet: www.koehler.cdu.de

für das Bundespräsidentenamt. Den Menschen müsse noch besser als bisher erklärt werden, warum die Reformen notwendig seien. Der Sozialstaat müsse stärker umgebaut werden, nicht um Sozialabbau zu betreiben, sondern um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Dafür hätten Union und FDP seiner Ansicht nach die richtigen Konzepte, sagte Köhler. Er selbst sehe seine Aufgabe darin, Menschen Zusammenhänge zu erklären. Er werde versuchen zu erklären, was funktioniert, was funktioniert nicht, wie machen es andere Länder, wo haben andere Länder Erfolgserlebnisse, wo sollte Deutschland

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

von anderen Ländern lernen, kündigte Horst Köhler an.

„Ich trau's mir zu“, sagte Köhler. Er verstehe das Amt des Bundespräsidenten als „Amt für alle Deutschen.“ Zu „allen großen Fragen“ werde er zu gegebener Zeit Stellung nehmen. „Ich werde nicht voreilig zu jedem

Thema etwas von mir geben.“ Die nächsten Wochen wolle er durch das Land reisen, sich vorstellen und den Menschen zuhören, wo sie der Schuh drücke. Als erstes will Köhler, der die letzten sechs Jahre im Ausland tätig war, in die Leipziger Region reisen, wo er nach 1945 im Anschluss an die Flucht aus

Polen acht Jahre lang lebte.

Als Grund für die Annahme der Kandidatur gab Horst Köhler an, sein eigener Lebensweg sei geprägt gewesen von der Chance zu lernen und aufzusteigen, in einem Umfeld des Friedens und der Prosperität. Davon wolle er etwas zurückgeben.

WER WÄHLT DEN BUNDESPRÄSIDENTEN?

Gemäß Artikel 54 Abs. 1 GG wird der Bundespräsident von der Bundesversammlung gewählt. Diese setzt sich zusammen aus „den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach

den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“ (Art 54 Abs. 3 GG).

Zusammensetzung der 12. Bundesversammlung

Die gesetzliche Mitgliederzahl des 15. Deutschen Bundestages beträgt 603. Die Länder wählen eine

gleich hohe Anzahl Delegierte. Die Zahl der von den Länderparlamenten zu wählenden Mitglieder ist auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt mitgeteilten letzten amtlichen Bevölkerungszahlen vom 30. Juni 2003 errechnet worden.

Mitglieder der 12. Bundesversammlung (23.05.2004)

	Bundestag	Delegierte der Länderparlamente	Gesamt
CDU/CSU	247	295	542
SPD	251	209	460
FDP	47	35	82
GRÜNE	55	34	89
PDS	2	29	31
Sonstige	1	1	2
Gesamt	603	603	1206

Quelle: Deutscher Bundestag

„Weichen stellen für Deutschland“

CDU und CSU wollen mit einer Steuer- und Arbeitsmarktreform Deutschland wieder auf den Wachstums- und Beschäftigungspfad führen.

Darauf verständigten sich die Präsidien von CDU und CSU nach einer gemeinsamen Sitzung im Konrad-Adenauer-Haus. „Die Menschen wollen keinen Stillstand, sondern sie erwarten von der Opposition Beiträge zur Lösung der Probleme des Landes“, sagte Angela Merkel bei der Vorstellung der Beschlüsse. Die CDU-Vorsitzende betonte, in Deutschland gebe es Veränderungsbedarf in drei Richtungen. Konkret nannte Angela Merkel das Arbeits- und Steuerrecht sowie die sozialen Sicherungssysteme. Zu den ersten beiden Bereichen lägen jetzt gemeinsame Beschlüsse von CDU und CSU vor.

Steuerrecht

Beim Thema Steuern einigten sich die Präsidien auf ein Papier, in dem der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, und der bayerische Finanz-

minister Kurt Falthäuser, die Positionen von CDU und CSU zusammengeführt hatten. Das gemeinsame Steuerkonzept hat zwei Bestandteile: ein Sofortprogramm und ein Regierungsprogramm. Das Sofortprogramm sei ein Angebot an Rot-Grün zur Zusammenarbeit, erklärte Angela Merkel. Das Sofortprogramm sieht vor, den linear-progressive Tarifverlauf vorerst beizubehalten, den Eingangssteuersatz auf zwölf Prozent und den Spitzensteuersatz auf 36 Prozent zu senken. Zu einem Grundfreibetrag von 8.000 Euro pro Person soll ein ebenso hoher Freibetrag für jedes Kind kommen. Für Arbeitnehmer ist ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 840 Euro vorgesehen. Darüber hinaus soll eine Pendlerpauschale von 25 Cent bis maximal 50 Kilometer gelten. Im Gegenzug sollen Ab-

schreibungs- und Abzugsmöglichkeiten gestrichen werden. Das würde den Steuerzahlern eine Netto-Entlastung von rund 10 Mrd. Euro bringen. Nach einer Regierungsübernahme wird die Union binnen eines Jahres das auf der Grundlage der Leipziger Parteitagsbeschlüsse erarbeitete Konzept für eine radikale Steuerreform umsetzen. Mit Blick auf die Beschluslage, betonte die Parteivorsitzende, dass sich die Bundesregierung nun nicht mehr damit „herausreden“ könne, dass sie nicht wisse, was die Union wolle.

Arbeitsmarkt

Auch mit dem Beschluss zu den zentralen Punkten der Arbeitsmarktverfassung bietet die Union klare Alternativen zur Bundesregierung, zeigte sich Angela Merkel zufrieden.

BESCHLÜSSE DER CDU/CSU-PRÄSIDIEN

- „Weichen stellen für Deutschland“ – Wachstumsprogramm von CDU und CSU
- Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21
- Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei

Siehe Dokumentation (Innenteil) oder auf www.cdu.de



Friedrich Merz, Edmund Stoiber, Angela Merkel und Kurt Faltlhauser

In ihrem Beschluss unterstreicht die Union die Notwendigkeit betrieblicher Bündnisse für Arbeit. Damit kann die Tarifautonomie an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Die Betriebe würden die notwendige Flexibilität erhalten, um Beschäftigung zu sichern und aufzubauen, so Merkel. Darüber fordert die Union mehr Gestaltungsfreiheit bei befristeten Arbeitsverhältnissen, bei Teilzeit, Zeitarbeit und bei den Einstiegsgehältern für Langzeitarbeitslose. Arbeitslose würden damit mehr Chancen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt geboten werden können, zeigte sich die CDU-Vorsitzende zuversichtlich. Außerdem sieht der Beschluss eine umfassende

Entlastung von Bürokratie vor. Gerade kleine Unternehmen, die durch übermäßige Regulierung im Arbeitsstättenrecht, im Arbeitszeitgesetz und bei den Statistikpflichten Wettbewerbsnachteile haben, würden wieder wettbewerbsfähig werden.

Die Union habe bewiesen, dass sie „Maß und Mitte“ im Auge habe. „Sozial ist, was Arbeit schafft“, betonte Angela Merkel. Das erfordere auch „Mut“ bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts. In diesem Zusammenhang wies Angela Merkel darauf hin, dass die Union an erster Stelle nicht Vertreter der Interessen bestimmter organisierter Kräfte dieses Landes ist, sondern seiner ganz normalen Bürger: Dies gilt gerade für die

jenigen Menschen, die wie die Arbeitslosen keine Lobby haben. Die Stellungnahmen von unabhängigen Experten würden bestätigen, dass die Union in die richtige Richtung marschiert.

Gänzlich unglaublich seien die Stellungnahmen der Bundesregierung zu den Beschlüssen. Denn die Politik von Rot-Grün hat zu über 4,6 Millionen Arbeitslosen, dem Verlust von über 700.000 Arbeitsplätzen allein seit dem Sommer 2002, zu Rekordinsolvenzen und einer fünfstelligen Lehrstellenlücke geführt. Das Weiter-so von Rot-Grün ist der sicherste Weg zu fortgesetzter Wachstumsschwäche, zu höheren Defiziten in den öffentlichen Kassen und einem weiterem Sozialabbau ohne Chance auf eine nachhaltige Trendwende.

Neben den Beschlüssen zum Arbeits- und Steuerrecht verständigten sich die beiden Schwesterparteien darauf, der Türkei eine privilegierte Partnerschaft anstelle einer EU-Vollmitgliedschaft anzubieten. Damit verfügt die Union sowohl mit Blick auf den Wahlkampf zum Europäischen Parlament als auch auf die Diskussion innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) über eine gemeinsame Türkei-Position.

Bundesausschuss Medienpolitik nimmt Arbeit auf

Mit einem umfangreichen Arbeitsprogramm hat sie der Bundesausschuss Medienpolitik konstituiert.

Zum Vorsitzenden wählen die Mitglieder des Bundesausschusses auf Vorschlag von Generalsekretär Laurenz Meyer den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Günther H. Oettinger, der den Bundesausschuss Medienpolitik bereits in der vergangenen Legislaturperiode geleitet hatte. Als Stellvertreter wurden der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der CDU Bremen Bernd Neumann und die Europaabgeordnete Ruth Hieronymi gewählt. Ruth Hieronymi, die neu in das Amt gewählt wurde, ist Mitglied im Kultur Ausschuss des Europaparlaments. Bernd Neumann ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien.

Der Bundesausschuss hat bei seiner konstituierenden Sitzung unter anderem über die aktuell anstehenden Themen Rundfunkgebühr, Rundfunkstrukturreform, Pressefusionskontrolle und Breitbandkabel bera-



Günther H. Oettinger

ten. Bereits in der ersten Arbeitssitzung im April sollen erste Beschlüsse gefasst werden. 20 Jahre nach dem maßgeblich von der CDU ins Leben gerufenen dualen Rundfunksystem geht es um die Bewahrung des Gleichgewichts in diesem System und den Erhalt fairer Entwicklungschancen für den privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Beim Thema Pressefusionskontrolle muss ein Ausgleich zwischen den Interessen kleinerer Verlage und den Erfordernissen internationaler Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ziel des Erhalts eines qualitativ hochwertigen, unabhängigen Journalismus gefunden werden. Beim Thema Breitbandkabel und Digitalisierung geht es

um die für den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidende Frage, wie im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur der Anschluss zu anderen Ländern gehalten werden kann.

Die Besetzung des Bundesausschusses mit Vertretern aus der Politik und externen Sachverständigen bietet eine gute Grundlage dafür, dass das breite Spektrum der Medienpolitik, von den klassischen Medien zu den Neuen Medien, vom Printbereich zum Rundfunk, von Telekommunikation bis Internet, von Musikwirtschaft bis zur Filmpolitik, kompetent und engagiert bearbeitet wird und Perspektiven aufgezeigt werden.

Eine Übersicht über die Bundesausschüsse, die Gesprächs- und Arbeitskreise der CDU Deutschlands und deren Arbeit finden Sie im Internet auf www.cdu.de, Rubrik „Politik A-Z“.

- www.cdu.de
- Politik A-Z
- Bundesausschüsse



Arbeitsplatz Privathaushalt

Auch Singles träumen davon, sich von der Hausarbeit zu entlasten.

Vor allem Frauen und junge Familien stemmen die modernen Dreikampfdisziplinen Kindererziehung, Beruf und Haushalt nur schwer ohne eine Haushaltskraft.

Für Ältere ist die Hilfe im Haushalt oftmals unentbehrlich – unterstützt durch eine Haushaltskraft können sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

Der Arbeitsplatz Privathaushalt bietet ein enormes Potential für neue Arbeitsplätze. Dennoch ist der Arbeitsplatz Privathaushalt ein Problemkind des Arbeitsmarktes. Qualifizierte Arbeitskräfte sind schwer zu finden. Private Arbeitgeberinnen scheuen den bürokratischen Aufwand für eine reguläre Beschäftigung. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind in diesem Niedriglohnssektor vielfach Realität.

Eine Alternative zum grauen Markt sind Dienstleistungszentren und -agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen – sowohl für Existenzgründerinnen wie für Arbeitssuchende und private Arbeitgeberinnen. In einer

Veranstaltung zum Internationalen Frauentag erörterte die Frauen Union mit Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, Mechthild Konerding, Sprecherin der BAG der Dienstleistungsunternehmen für Haushalt und Familie und Inger Hinterwälder, Geschäftsführerin „Hauswirtschaftliches Service-Team GmbH“ Möglichkeiten zur Schaffung regulärer Arbeitsplätze im Haushalt.

FU-Bundesvorsitzende Maria Böhmer (Foto) rief Bundesfinanzminister Eichel auf, Hemmnisse für die Beschäftigung im Privathaushalt zu beseitigen und tragfähige Strukturen am Arbeitsmarkt für haushaltsnahe Dienstleistungen zu schaffen. Der Versuch, Millionen von Haushalten zu kriminalisieren, sei ein hilfloses Unterfangen gewesen, die eigene Konzeptionslosigkeit zu überdecken..

Böhmer: „Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung, die auf Betreiben der Union sei 1. April 2003 in Kraft ist, hatte einen deutlichen Zuwachs der Mini-Jobs zur Folge.“ Dienstleistungszentren seien eine Alternative zur Schwarzarbeit und der unmittelbaren Be-



schäftigung von Haushaltskräften. Private Haushalte erhielten so unproblematisch eine qualifizierte Haushaltskraft. Arbeitsausfälle durch Krankheit und Urlaub würden innerhalb des Zentrums ausgeglichen. Ein Markt für Existenzgründungen entstehe. Nach Ansicht der Expertinnen ist vor allem eine größere Bekanntheit und Akzeptanz der Dienstleistungszentren bei potentiellen Auftraggeberinnen, aber auch bei den Arbeitsagenturen, bei Kranken- und Pflegekassen erforderlich. Steuerliche Ungleichbehandlung der Dienstleistungszentren, die diese im Wettbewerb benachteiligten, müssten abgebaut werden. Die Frauen Union fordert die volle steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für haushaltsbezogene Dienstleistungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Landtags- und Europawahlen

Countdown läuft

Die CDU-Landesverbände in Thüringen, Brandenburg und Sachsen haben ihre Kandidaten für die in diesem Jahr stattfindenden Landtagswahlen benannt.

Brandenburg

Zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Land Brandenburg wählte eine Delegiertenkonferenz in Potsdam Jörg Schön-



Jörg Schönbohm

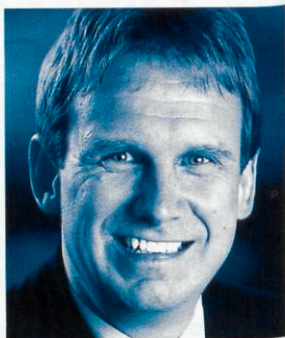
bohm. Der brandenburgische CDU-Vorsitzende und Innenminister erhielt von den 120 Vertretern aus den achtzehn Kreisverbänden 104 Stimmen. Zuvor hatte Schönbohm seine Partei zur Geschlossenheit gemahnt. Ziel müsse es sein, wie be-

reits bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr, stärkste politische Kraft im Land zu werden. Schönbohm erklärte, den größten Veränderungsbedarf sehe er in den SPD-geführten Ministerien für Bildung und Finanzen. In diesem Ministerium wolle die CDU künftig den Minister stellen. Auf den vorderen Plätzen der Landesliste sind die drei anderen Landesminister der CDU zu finden: Justizministerin Barbara Richstein, Wissenschaftsministerin Johanna Wanka und Wirtschaftsminister Ulrich Jungmanns.

Auf Platz 1 der Liste für die Europawahl wählten die Delegierten Christian Ehler. Auf den Plätzen folgen Jesko von Samson-Himmelftjerna und Sven Henrik Häseker.

Thüringen

Der thüringische Ministerpräsident und Parteivorsitzende Althaus wurde auf einer Vertreterversammlung der Thüringer CDU in Sonneberg mit 98 Prozent der Stimmen auf den ersten Platz der Liste für die Land-



Dieter Althaus

tagswahl gewählt. Auf dem zweiten Platz der thüringischen Landesliste folgt Finanzministerin Birgit Diezel (90 Prozent), auf dem dritten Innenminister Trautvetter (84). Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht



WEBTIPP

- Pünktlich zum Wahlkampf plant die Europäische Union einen modernisierten Internet-Auftritt. Bereits Ende März soll die Website mit neuen Serviceleistungen aufwarten können. Zu den Neuerungen zählen unter anderem eine verbesserte Suchfunktion und ein mit animierten Grafiken aufbereitetes Statistik-Archiv. www.europa.eu.int

erhielt auf Platz vier der Liste 97 Prozent der Stimmen, Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (Platz fünf) 74 Prozent. In seiner Rede forderte Althaus die Partei auf, abermals um alle 44 Direktmandate zu kämpfen. Derzeit stellt die CDU 49 von 88 Abgeordneten, die PDS hat 21 Sitze, die SPD 18. Der Spitzenkandidat gab als Ziel für die CDU die absolute Mehrheit aus.

Die Europaabgeordneten Rolf Berend und Dieter-Lebrecht Koch führen die Liste für die Europawahl an.

Sachsen

Georg Milbradt wird die CDU des Freistaats Sachsen in den Landtagskampf füh-

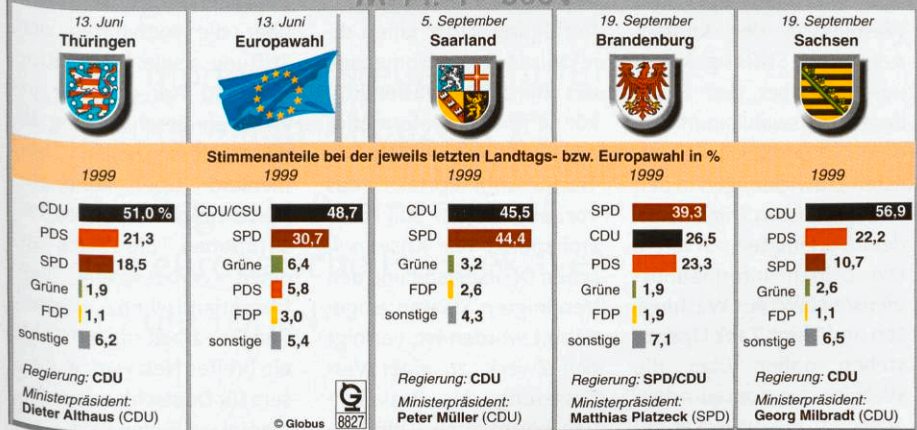


Georg Milbradt

ren. Der sächsische Ministerpräsident wurde auf einem Parteitag der CDU in Dresden zum Spitzenkandidaten der sächsischen Union für die Landtagswahl im September gewählt. Milbradt erhielt 92,7 Prozent der Stimmen. Als Wahlziel gab er die absolute Mehrheit aus. Zuletzt hatte die Partei im Jahr 1999 56,9 Prozent der Stim-

men erhalten. Die CDU hatte alle Wahlkreise gewonnen und damit 60 Kandidaten direkt in den Landtag entsandt. Die übrigen 16 der insgesamt 76 Abgeordneten der CDU-Fraktion kamen über die Liste ins Parlament. Auf die Plätze zwei und drei der CDU-Landesliste wählten die rund 200 Delegierten den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Fritz Hähle (89,5 Prozent), und die sächsische Sozialministerin Helma Orosz (93,4 Prozent). Die Delegierten nominierten auch die Kandidaten für die Europawahl am 13. Juni. Auf die aussichtsreichen ersten drei Plätze wurden die Europaabgeordneten Lutz Goepel, Jürgen Schröder und Brigitte Wenzel-Perillo gewählt.

Wahljahr 2004



Wankt der Westen?

Die „Politische Meinung“ setzt sich in der März-Ausgabe mit den Spannungen innerhalb des Westens auseinander und diskutiert die außenpolitische Position Deutschlands.

Dabei kommen sowohl die wachsenden mentalen Differenzen der transatlantischen Partner zur Sprache als auch die gemeinsame Wertebasis, die internationalen politischen Strategien, die Grundlegung bundesrepublikanischer Außenpolitik durch Konrad Adenauer, die Balance zwischen deutsch-französi-



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

schen und deutsch-amerikanischen Beziehungen, die internationale Rolle der Vereinten Nationen sowie die Rückwirkungen des Elitewandels auf deutscher und amerikanischer Seite. Die Autoren sind Charles S. Maier, Daniel R. Coats, Johannes Urban, Hans-Peter Schwarz, Christian Hacke, Werner Link, Klaus Dicke, Beate Neuss, Stefan Theil und Andreas Jacobs/Karl-Heinz Kamp.

Die Politische Meinung kostet als Einzelheft 6,- €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt.

Bestellungen über den Verlag A. Fromm (Postfach 1948, 49009 Osnabrück), die Redaktion (Fax: 02241-246-610, e-mail: silvia.gloss@kas.de) oder durch den Buchhandel.

Presseexemplare erhalten Sie unter Fax: 030-26996-261 oder e-mail: christine.wagner@kas.de.

Infos zur Politischen Meinung erhalten Sie unter: <http://www.politische-meinung.de>

USA-WAHLKAMPF AKTUELL

Mit einem besonderen Service informiert das Büro Washington der Konrad-Adenauer-Stiftung kontinuierlich über den Präsidentschaftswahlkampf in den USA und über die neuesten Entwicklungen in den bedeutendsten Think Tanks der Vereinigten Staaten. Die beiden Informationsdienste **News aus Washington** und **Think Tank Update** stehen online über die Website der Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de)

und das Subportal www.transatlantik-netz.de zur Verfügung. Über einen direkten Link zur Homepage des Büros in Washington können weitere Informationen abgerufen werden. Das Transatlantik-Portal, das vor einem Jahr auf dem Höhepunkt der Krise zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eingerichtet worden ist, verfolgt den Zweck, zu einer Verbesserung der Beziehungen beizutragen. Dort fin-

den sich ein kurzer, aber umfassender Überblick über die Aktivitäten der Stiftung sowie Informationen und Anregungen zur weiteren Beschäftigung in diesem essenziellen Themenfeld. Über kommentierte Links zu anderen Institutionen, die aktiv an einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen arbeiten, entsteht ein breites Netzwerk in diesem für Deutschland fundamental wichtigen Feld.

Roland Koch:

„Dänemark und die Niederlande sind Vorbilder“

Wie hat es Dänemark geschafft, die Arbeitslosigkeit von 9,6 Prozent im Jahr 1993 auf 5,6 Prozent in 2003 zu senken? Was macht die niederländischen Programme zur Reintegration von Arbeitslosen so erfolgreich?

Diesen Fragen ist der hessische Ministerpräsident Roland Koch auf einer Informationsreise durch Dänemark und die Niederlande nachgegangen. In beiden Ländern ist die Arbeitslosenquote deutlich niedriger als in Deutschland. Zu

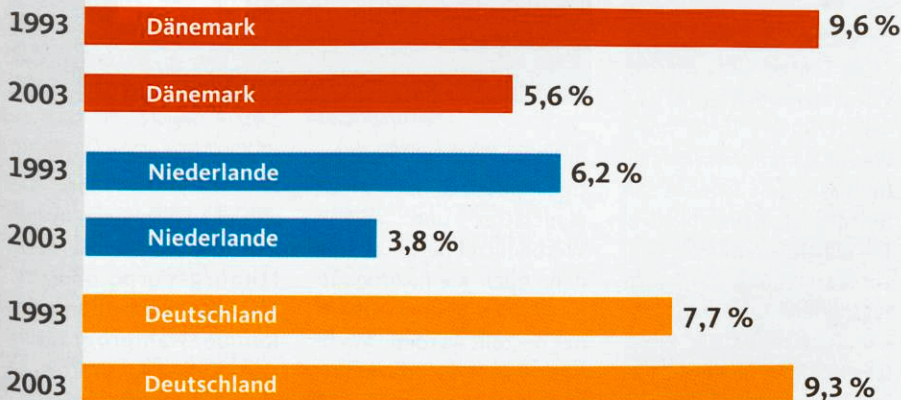


Kochs Gesprächspartnern zählten neben Vertretern von Gewerkschaften und Verbänden auch der niederländische Ministerpräsident, Jan Peter Balkenende, sowie

der dänische Wirtschaftsminister Berndt Berndtsen.

Ein Vergleich mit unserem nördlichen Nachbarland zeigt: Der dänische Arbeitsmarkt ist wesentlich flexibler als der deutsche. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenhilfe relativ hoch – sofern Job-Angebote nicht abgelehnt werden. Ein Kündigungsschutz existiert in Dänemark de facto nicht, es gibt so gut wie keine Beschränkungen für befristete Arbeitsverträge oder für die Leiharbeit und keine Vorschriften zur Arbeitszeit.

Arbeitslosigkeit in Prozent



Quelle: Eurostat

Löhne und andere tarifliche Rahmenbedingungen können in den Betrieben ausgehandelt werden.

„Tarifliche Bündnisse für Arbeit in den Betrieben sind zweifellos ein Erfolgsgeheimnis der Dänen“, sagte Koch und forderte: „Wir müssen es endlich auch in Deutschland hinkriegen, dass Unternehmer und Betriebsräte solche Bündnisse für die jeweiligen Betriebe schließen können.“

Beindruckt zeigte sich Koch auch von den Reformen, die die niederlän-

dische Regierung im Konsens mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreicht habe. Seit zwei Jahren ist in den Niederlanden die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe gesetzlich verzahnt. Darüber hinaus zeichnen sich die sogenannten „Zentren für Arbeit und Einkommen“ durch eine aktive Vermittlung von Jobs, Reintegrationsprogrammen und Bewerbungseminaren sowie durch eine umfassende Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus.

„In den Niederlanden unterstützen die sozialen Sys-

teme bei Arbeitslosigkeit nicht das zu Hause bleiben“, sagte Koch. Gefördert werde vielmehr die Beschäftigung etwa in Form gemeinnütziger Arbeiten oder Fortbildungen.

„Wir können die Systeme in Dänemark und in den Niederlande nicht 1:1 kopieren, aber wir können aus beiden Ländern wesentliche Dinge übernehmen, um unsere Systeme flexibler zu machen, die Arbeitslosigkeit zu senken und Sozialhilfeempfänger stärker zu aktivieren“, so Koch.

WWW.ZUR-WAHL.DE

Der CDU Mecklenburg Vorpommern setzt verstärkt auf das Internet.

In Vorbereitung auf die Europa- und Kommunalwahlen in Mecklenburg Vorpommern erläuterte Landesgeschäftsführer Klaus-Dieter Götz in der Vorsitzendenkonferenz der CDU M-V in Güstrow die zur Kommunalwahl fertig gestellten Internetseiten des Landesverbandes. Die Plattform soll vor allem zur Vorstellung der Kreis- und Ortsverbände dienen. Darüber hinaus bieten sie den Kreis- und Ortsverbänden



die Möglichkeit, druckfertige Dateien für Flyer, Flugblätter und andere Werbemittel herunterzuladen. Auch Kleinwerbemittel können über das Internet bestellt werden. Wichtige Wahlkampftermine sind auf den Seiten ebenso zu finden wie aktuelle

Pressemitteilungen und eine Presseschau über das aktuelle Geschehen in den CDU-Kreisverbänden Mecklenburg-Vorpommerns. Nach Verabschiedung des Rahmenwahlprogramms der CDU MV, wird dieses ebenfalls als herunterladbare Datei angeboten.

Mediendesaster für Kanzler Schröder

Noch nie stand Kanzler Schröder in den Medien so schlecht da wie im Jahr 2003.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Bonner Forschungsinstituts Medien Tenor. Danach war Schröder zwar erneut der mit Abstand am häufigsten genannte Politiker, doch überwogen deutlich die negativen Äußerungen. Schröder habe 2003 sein „schwärzestes Medienjahr“ erlebt, fasst das unabhängige Institut für Medienanalyse zusammen. Die Untersuchung des Kanzlerimages zeigt, dass der Anteil zustimmender Aussagen noch nie so niedrig seit seiner Amtsübernahme 1998 war. Der Anteil negativer Aussagen über die Politik des Kanzlers weist den zweithöchsten Wert seit seiner Wahl auf.

Zu den „Image Gewinner“ zählt die Analyse Angela Merkel. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihr Image in der Medienberichterstattung deutlich verbessern können, heißt es in der Analyse. Auf der Rangliste der meistgenannten Politiker im Jahr 2003 belegt Angela Merkel hinter Gerhard Schröder

Platz zwei. Positiv wurde auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, bewertet. Ein weiterer Image-Gewinner in den Reihen der Union sei der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus, analysiert der Medien Tenor.

Schlechter als der Kanzler Schröder wurden in den Medien nur Finanzminister Hans Eichel (SPD), Verkehrsminister Manfred Stolpe (SPD), SPD-Generalsekretär Olaf Scholz und die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) bewertet. Fazit der Medienforscher: „Der Kanzler stand also in einer Linie mit jenen Politikern, deren Namen im vergangenen Jahr vor allem mit Pannen, Niederlagen und Rücktrittsforderungen in Verbindung gebracht wurden.“

Für die Studie wurden 69 670 gedruckte und gesendete Informationen über Politiker, Parteien und Regierungen in 33 Print- und elektronischen Medien im Jahr 2003 ausgewertet.

Eine Kurzzusammenfassung der Studie finden Sie im Internet unter <http://www.medien-tenor.de/>



BUCHTIPP

■ **Andreas Dörner:** Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag 2001, 256 Seiten, 11 Euro.

Kanzler Schröder sitzt auf Thomas Gottschalks Couch und Guido Westerwelle im Container – Medienalltag in Deutschland. Für die unaufhaltsame Symbiose zwischen Politik und Unterhaltungskultur hat der Autor den Begriff des Politainment entwickelt. Politainment ist eine Symbiose zu beiderseitigem Nutzen: Die einen steigern ihre Quoten und Marktanteile, die anderen erreichen einen Teil der Wählerschaft, der über die traditionellen Kommunikationskanäle nicht mehr zugänglich wäre. In Zukunft wird „die Wahrnehmungswelt des Politischen ohne professionelles Politainment nicht mehr vorstellbar sein“, so Dörner. Aber nur wenige politische Akteure scheinen hierzulande der Logik des Medienbetriebs auch wirklich gewachsen zu sein.

Empfehlung: Wegen seiner Fallbeispiele ist das Buch keine dröge Theorie-debatte, sondern ein flottes kleines Büchlein, das sich gut lesen lässt.

Bundesregierung lässt Kommunen im Regen stehen

Stellungnahme zur Mehrbelastung der kommunalen Haushalte durch Hartz IV:

Rot-Grün muss dringend Klarheit schaffen. Im Vermittlungsausschuss wurden offensichtlich von der Bundesregierung falsche Zahlen als Rechenbasis vorgelegt. Vor allem die Unterkunftskosten für die neuen Arbeitslosengeld-II-Empfänger fallen dabei deutlich höher aus.



Peter Götz

Hartz IV bringt den Kommunen noch nicht einmal die – in harten Verhandlungen – abgerungene Zusage für eine Entlastung von 2,5 Mrd. Euro. Vielmehr muss von rund 5 Mrd. Euro Mehrbelastung für die kommunalen Haushalte ausgegangen

werden. Die Bundesregierung ist offenbar handlungsunfähig und verspielt den Rest ihrer Glaubwürdigkeit. Leidtragende sind die verunsicherten Kommunen und ihre Bürger. Viele Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge können nicht mehr wahrgenommen werden, wenn das Versprechen einer nachhaltigen Entlastung nicht erfolgt.

Die Union fordert die Bundesregierung auf, endlich konkrete Vorschläge auf der Basis verlässlicher Zahlen zu unterbreiten. Nachbesserungen sind dringend notwendig.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktionssprecher

Europäische Regelungen für Rüstungsindustrie

Erklärung anlässlich der 1. Lesung zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV):

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung eines Genehmigungsvorbehaltes für den Erwerb von Rüstungsunternehmen und Unternehmen der Krypto-



Dagmar Wöhr



Erich G. Fritz

wirtschaft durch gebietsfremde Erwerber ab.

Ziel der Union ist es, wehrtechnische Kernfähigkeiten in Deutschland zu erhalten. Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen sind dabei der falsche Weg, weil den Unternehmen jeglicher Spielraum genommen wird, sich in einem globalisierenden und von Unternehmenszusammenschlüssen geprägten Umfeld zu positionieren.

Was wir zur Schaffung erhöhter Wettbewerbs- und Partnerschaftsfähigkeit und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der deutschen Rüstungsindustrie brauchen, sind erhöhte Forschungs- und Entwicklungsmittel, ein höherer Anteil der Investitionsausgaben am Wehretat, europäische Rüstungsexportrichtlinien und der Aufbau eines europäischen Rüstungsmarktes.

Neue nationale Regeln erschweren aber nicht zuletzt aufgrund der Geltung des Einspruchsrechts auch bei Übernahmewünschen von

Firmen aus EU-Staaten die Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und europäischen Lösungen Vorrang vor nationalen Reglementierungen einzuräumen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin, **Erich G. Fritz** der Berichterstatler für die Außenwirtschaft.



Günter Krings



Katherina Reiche

in ihrem Papier „Leistungsfähige Hochschulen für eine wissensbasierte Gesellschaft“ bereits seit geraumer Zeit.

Vor kurzem noch wurde Staatssekretär Matschie für seinen Vorschlag, die ZVS abzuschaffen, gemäßregelt. Nun scheint Frau Bulmahn ihrem Staatssekretär zu folgen.

Bulmahn muss jetzt sofort eine verbindliche Entscheidung für einen Übergang zu einer koordinierenden Servicestelle treffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mit ihrem Gesetzentwurf zur Reform des Hochschulrahmengesetzes, welcher den Hochschulen mehr Freiheit bei der Auswahl der Studierenden garantiert, bereits in Vorleistung getreten. Die Junge Gruppe fordert Bildungsministerin Bulmahn auf, es nicht bei ihren Ankündigungen zu belassen, sondern diesen Entwurf schnellst möglich umzusetzen und die ZVS unverzüglich abzuschaffen.

Günter Krings ist Vorsitzender der Jungen Grup-

pe und **Katherina Reiche** ist die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Schleuser-Skandal weitet sich aus

Erklärung im Zusammenhang mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes:

Die Staatsanwaltschaft Köln hat das Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des AA wegen des Verdachts auf Falschaussage und Beihilfe zur bandenmäßigen Schleusung eingeleitet. Damit erreicht der Kölner Schleuserprozess das Auswärtige Amt als Ausgangspunkt der massenhaften Einschleusung aus der Ukraine.

Die Bundesregierung steht im Verdacht, in rechtswidriger Weise die Erteilung von Visa in Kiew ermöglicht zu haben. Durch die Umkehrung der Beweislast wurde einer Praxis von Schleuserbegünstigung Tür und Tor geöffnet. D.h.: Durch den sog. Volmer-Erlass musste nicht mehr der Antragsteller belegen, dass er tatsächlich touristische Absichten mit der Einreise nach Deutschland verfolgte, sondern die Beamten in Kiew mussten ihm das Ge-

Realität zwingt Bulmahn zur Einsicht

Erklärung zu den Äußerungen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zur Abschaffung der ZVS:

In der SPD scheint die bildungspolitische Blockierfront zu bröckeln. Presseberichten zufolge hat Bundesbildungsministerin Bulmahn auf einer Veranstaltung vor Hochschulmanagern und Wissenschaftspolitikern ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) aufgegeben und sich für die Umstrukturierung zu einer Servicestelle ausgesprochen. Diese Forderung vertritt die Jungen Gruppe



Eckart von Klæden

genteil nachweisen, wenn sie ein Visum verweigern wollten – eine nicht zu leistende Aufgabe. Dies ist eine vorsätzlich andere Einreisepolitik von Bundesaußenminister Joseph Fischer, die nicht in Einklang steht mit den Vereinbarungen der Schengen-Staaten.

Hinweise auf Missbrauch gab es genug: So unternahm das AA zusammen mit dem Bundeskriminalamt bereits im Oktober 2000, also ein gutes halbes Jahr nach Inkrafttreten der Einreiseerleichterung, eine Sonderinspektion in Kiew und stellte dabei lt. Antwort des BMI „weitere Auffälligkeiten im Zusammenhang mit der Visumspraxis fest“. Wirksame Gegenreaktionen blieben aus oder erfolgten in deutlicher zeitlicher Verzögerung. Nach bisherigen Erkenntnissen hat Bundesinnenminister Schily dies geduldet. Die CDU/CSU-Fraktion wird weiter an der Auf-

klärung der politischen Dimension des Schleuser-Skandals arbeiten. Das Thema wird in der Fragestunde am Mittwoch, 10.03.2004, erneut zur Sprache kommen.

Eckart von Klæden

ist parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Peter Hintze

Guter Freund Deutschlands gewählt

Erklärung zum Ergebnis der Parlamentswahlen in Griechenland:

Mit Kostas Karamanlis ist ein guter Freund Deutschlands und ein überzeugender Repräsentant der politischen Mitte Wahlsieger in Griechenland. Die Europäische Volkspartei, die bereits jetzt die stärkste Kraft im Europäischen Parlament ist, freut sich über den großartigen Wahlerfolg ihres Vizepräsidenten. Damit ist im Mega-Wahljahr 2004 ein weiteres Zeichen dafür gesetzt, dass sich immer mehr Bürger für die politische Mitte entscheiden. Das gilt von Hamburg bis Athen. Hoffnungsvoll sieht die christdemokratische Parteienfamilie jetzt auf die Wahl in Spanien, wo die PP alle Aussichten hat, ebenfalls einen großen Wahlerfolg zu feiern.

Mit den Wahlen in Griechenland hat die politische Linke in Europa eine weitere Abfuhr erhalten. Zu offensichtlich scheitert die Linke an den Herausforderungen der Globalisierung. Soziale Sicherheit und wirtschaftliche Kraft in Europa erwarten die Menschen von den politischen Kräften der Mitte.

Peter Hintze ist europapolitischer Fraktionssprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wehrbeauftragtenbericht deutliches Warnsignal

Stellungnahme zum Bericht 2003 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Willfried Penner:

Die weiter dramatisch hohe Zahl der Eingaben sagt alles über den Zustand der Bundeswehr. Unter der rot-grünen Regierung steuert

die Bundeswehr auf den Kollaps zu. Das kann auch der in weiten Teilen glatt gebügelte Bericht des Wehrbeauftragten nicht verbergen. Es gibt keinen Anlass, sich über einen leichten Rückgang bei den Eingaben zu freuen. Die Motivation der Soldaten ist offenbar an einem Nullpunkt angekommen. Es ist ein deutliches Warnsignal, wenn der Wehrbeauftragte feststellt, dass die Bereitschaft für Reformen in der Truppe zunehmend an Grenzen stößt.

Der Bericht legt offen, dass die Kürzungen bei der Bundeswehr und Belastungen durch Auslandseinsätze zu Lasten der Ausbildung der Soldaten gehen. Eine optimale Vorbereitung für Auslandseinsätze ist offensichtlich kaum noch gewährleistet. Dieser Zustand ist nicht tragbar. Soldaten müssen für den Auslandseinsatz optimal vorbereitet und ausgerüstet sein, um ihnen die größtmögliche Sicherheit zu geben. Es ist unverantwortbar, wenn Soldaten erst im Einsatzgebiet die Fahrzeugtypen kennen lernen, mit denen sie Patrouillen fahren sollen.

Die Kürzungen im Verteidigungshaushalt gehen immer stärker an die Substanz der Bundeswehr und



Christian Schmidt



Anita Schäfer

beeinträchtigen ihre Attraktivität. Wer lässt sich freiwillig auf einen Arbeitgeber ein, der ihm Unterkünfte mit Schimmelbefall bietet und nicht garantieren kann, dass für seine Ausbildung auch genug Geld, Zeit und Personal vorhanden ist? Die Unterfinanzierung der Bundeswehr hat inzwischen einen Umfang angenommen, dass in zahlreichen Kasernen die Hygienestandards nicht mehr eingehalten werden können und erste Krankheitsfälle aufgetreten sind.

Der Verteidigungsminister darf diesen Bericht nicht nach dem Prinzip „Falten, Lochen, Abheften“ behandeln. Er muss sich in den nächsten Wochen vor allem gegen eine weitere Kürzung seines Etats wehren. Denn weitere Streichungen bedeuten weitere Einschnitte, die die Soldaten und zivilen Mitarbeiter vor Ort, nicht aber das Verteidigungsministerium selbst, unmittelbar zu spüren bekommen. Die Bundesregierung muss

der Bundeswehr den Stellenwert zurückgeben, der ihr zusteht. Sie darf nicht weiter den Eindruck vermitteln, bei der Bundeswehr handle es sich um ein Abbruchunternehmen. Die

Angehörigen der Bundeswehr müssen das Gefühl haben, dass die Bundesregierung hinter ihr steht und ihre Arbeit zu schätzen weiß. Die Bundeswehr braucht endlich finanzielle und konzeptionelle Planungssicherheit. Der Bericht zeigt deutlich, dass nur noch Flickschusterei und Mangelwirtschaft betrieben werden, um die Auslandseinsätze aufrecht zu erhalten

Christian Schmidt ist der verteidigungspolitische Fraktionssprecher und **Anita Schäfer** ist zuständige Berichterstatterin

SERVICEPUNKT

■ **Angela Merkel – Bericht der Vorsitzenden**
Die Sitzungswoche im Überblick:
■ Die politische Lage in Deutschland,
 ■ Die Woche im Parlament,
 ■ Daten und Fakten,
 ■ Was macht Rot-Grün?

Ein Service der Bundestagsfraktion. Jede Sitzungswoche aktuell auf www.dcdcsu.de



Rednerankündigungsplakate

Angela Merkel

DIN A1

Bestell-Nummer: 8403

Preis je 50 Stück: **25,00 €**

inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 8402

Preis je 50 Stück: **39,00 €**

inkl. MwSt.: 45,24 €



Laurenz Meyer

DIN A1

Bestell-Nummer: 8713

Preis je 50 Stück: **25,00 €**

inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 8712

Preis je 50 Stück: **39,00 €**

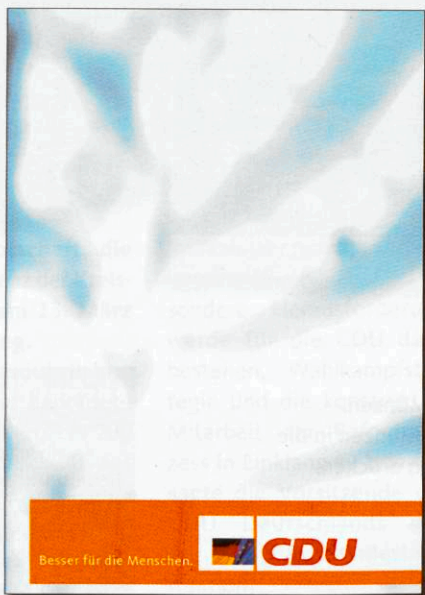
inkl. MwSt.: 45,24 €



Hans-Gert Pöttering

DIN A1
 Bestell-Nummer: 8907
 Preis je 50 Stück: **25,00 €**
 inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0
 Bestell-Nummer: 8908
 Preis je 50 Stück: **39,00 €**
 inkl. MwSt.: 45,24 €



Rahmenplakat

DIN A1
 Bestell-Nummer: 8451
 Preis je 50 Stück: **18,00 €**
 inkl. MwSt.: 20,88 €

DIN A0
 Bestell-Nummer: 8452
 Preis je 50 Stück: **30,00€**
 inkl. MwSt.: 34,80 €

Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.



EURO-Sammelalbum

12 EURO-Länder/96 Münzen.
 Einfach die einzelnen Münzen in die
 passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: **9021**

Preis je Stück: **8,50 €**

inkl. MwSt.: 9,86 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 052 41-804 1892
 e-mail:
cd-shop@bertelsmann.de